

SoVD-Bundesfrauenkonferenz zum Thema Frauengesundheit

Ungleiches nicht gleich behandeln

„Leitlinien, die für alle gelten, haben mit Individualität nichts zu tun!“ Und: „Es ist nicht nur unzulässig, Gleiches ungleich zu behandeln, sondern genauso schädlich und unrecht, wenn Ungleiches gleich behandelt wird.“ Feststellungen wie diese, belegt durch zahlreiche Beispiele aus der gesundheitspolitischen Praxis, standen im Vordergrund der diesjährigen Bundesfrauenkonferenz des Sozialverband Deutschland (SoVD) in Berlin. Denn nicht nur in der Arbeitsmarkt- oder Familienpolitik, sondern auch in der Gesundheitspolitik und der medizinischen und pflegerischen Versorgung ist es immer noch die Regel, dass der Gleichheitsgrundsatz aus Artikel 3 des Grundgesetzes verletzt wird.



Fotos (2): Herbert Schlemmer

Die großen Unterschiede zwischen den Geschlechtern in Ausprägung und Wahrnehmung von Erkrankungen waren Thema der SoVD-Bundesfrauenkonferenz „Frauenherzen ticken anders“.

Auf SoVD-Bundesebene haben die Frauen des Verbandes das Thema Frauengesundheit längst als Schwerpunkt aufgegriffen. So lautete das Motto der überaus gut besuchten Veranstaltung am 16. Oktober im Tagungszentrum der Katholischen Akademie „Frauenherzen ticken anders!“ Auf der Tagesordnung standen dabei Vorträge über die umstrittenen Individuellen Gesundheitsleistungen (IGeL), das Mammografie-Screening, den häufig fehldiagnostizierten

weiblichen Herzinfarkt und die Ernährungsgewohnheiten von Frauen (siehe Seite 2).

„Eine verstärkte Differenzierung nach den spezifischen Bedürfnissen von Frauen und Männern, an der alle Versicherten gleichermaßen teilhaben, wird nach unserer Überzeugung dazu beitragen, dass die Gesundheitsversorgung effektiver wird und Probleme der Unter- und Fehlversorgung, insbesondere von Frauen, ab-

gebaut werden können“, sagte Edda Schliepack in ihrer Begrüßungsansprache. Sie befürwortete dabei ausdrücklich, dass die Gesundheitspolitik in Deutschland in den vergangenen Jahren das Thema der besonderen gesundheitlichen Belange von Frauen entdeckt habe und sich verstärkt um eine geschlechterspezifische Herangehensweise bemühe. Zu den ersten Bewegungen der Bundes- und auch der Länder-

politik maßgeblich der Grundsatz des sogenannten Gender Mainstreaming beigetragen, so die Sprecherin der Frauen. Die Methode sei von der europäischen Kommission für die Mitgliedstaaten verankert worden. Damit solle sichergestellt werden, dass die Politik in allen Bereichen bereits im Planungsstadium die spezifischen Belange von

Fortsetzung auf Seite 2

Positionen aus der Lebenswirklichkeit

SoVD auf der RehaCare

Seite 7



Helfen mit Schnauze und Pfoten

Selbstausbildung zum Behindertenbegleithund

Seite 9



Soziale Spaltung stoppen

Parlamentarischer Abend mit aktuellem Motto

Seite 3



Die Sprachlosigkeit überwinden

ARD-Themenwoche „Leben mit dem Tod“

Seite 24

Zahlen oder sparen

Energiepreise steigen weiter

Seite 5



Anzeige

www.menschenAb50.de

Als SoVD-Mitglied genießen Sie besonders günstigen und speziellen Schutz.

Pflegerenten-Risikoversicherung

- Beitrittsalter 18-80 Jahre
- Wahl der monatlichen Pflegerente von 150 bis 2.000 EUR
- Im Pflegefall nach dem 3. Versicherungsjahr lebenslange Leistung
- Finanzielle Entlastung bereits ab Pflegestufe 0
- Beitragsbefreiung bei Eintritt des Pflegefalles

Haben Sie Interesse?

ERGO Lebensversicherung AG
Organisation für
Verbandsgruppenversicherungen
22287 Hamburg

ERGO



Blickpunkt

Frankreichs Präsident Hollande hat ernst gemacht: Am letzten Wochenende passierte die umstrittene Spitzensteuer von 75 Prozent für Höchstverdienende die Nationalversammlung in Paris. Wer über eine Million Euro verdient, soll diese Abgabe nun zahlen. Begründet wird die neue Steuerklasse mit der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich auch bei den französischen Nachbarn. Den Ruf nach mehr sozialem Ausgleich gibt es vor dem Hinter-

grund steigender Vermögens- und Einkommensungleichheit ebenso in Deutschland. Die großzügige steuerliche Entlastung von Besserverdienenden oder Großunternehmen soll nicht länger durch staatlich verordnete Belastungen der unteren Einkommensgruppen kompensiert werden. Aktuell hat der SoVD Forderungen erhoben, Steuerpflichtige mit hohem Einkommen und Vermögen stattdessen künftig stärker an der Finanzierung öffentlicher

Aufgaben zu beteiligen. Wir fordern die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die Einführung einer Finanztransaktionssteuer und die Anhebung des Spitzensteuersatzes. Früher lag dieser bei 53 Prozent – nach einer schrittweisen Absenkung seit 2000 heute nur noch bei 42 Prozent. Insofern ist die Forderung einer Erhöhung auf 56 Prozent mit Blick auf die Franzosen vergleichsweise moderat.

Adolf Bauer
SoVD-Präsident